

## Antrag 2

### e - Card



## Ausgabe von e-Cards nur noch mit Bild

Den Missbrauch von e-Cards vermeiden.

So verschwinden in Österreich über 17.000 e-Cards pro Jahr.

Diese verlorenen e-Cards, aber auch viele offiziell vorhandene, werden vor allem dafür genutzt um sich ärztliche Leistungen für Verwandte, Bekannte oder im schlimmsten Fall auch für fremde Dritte zu erschleichen.

Die Datenschutzbestimmungen der Sozialversicherung sind sehr hoch.

Des Weiteren genießt die Sozialversicherung ein genügend großes Ansehen in der Bevölkerung um diese notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zu rechtfertigen.

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer Steiermark stellen daher den Antrag:

- Ausstattung der nächsten Generation e-Card zumindest mit einem Bild des Karteninhabers

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher die Bundesregierung auf, diese Maßnahmen sofort umzusetzen und damit dem E-Card Missbrauch Einhalt zu gebieten.**

KR Mag. Harald Korschelt e.h.

Fraktionsobmann FA

2.Juli.2015

**F**ür

**A**rbeiter und **A**ngestellte

# **F**REIHEITLICHE **A**RBEITNEHMER

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark

## Antrag 3

### Wahlperiode BR



In den letzten Jahren haben alle gesetzgebenden Körperschaften ihre Funktionsperiode auf 5 Jahre geändert. Dies trifft nun auf Gemeinderat, Landtag und Nationalrat zu.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert den österreichischen Nationalrat auf, den § 61 Abs. 1 (ArbVG) folgend zu ändern. Im Satz ist das Wort vier auf fünf zu ändern.**

KR Mag. Harald Korschelt  
Fraktionsobmann  
02.07.2015

**F**ür  
**A**rbeiter und **A**ngestellte

## Antrag 4

### BR Briefwahl



Wie bei allen anderen Wahlen ist auch bei Betriebsratswahlen die Wahlbeteiligung von grundlegender Bedeutung. Gerade die Möglichkeit der Briefwahl trägt zu einer nicht unerheblichen Erhöhung der abgegeben Stimmen bei.

§ 25 BRWO legt folgende Vorgangsweise vor: “ Das Wahlkuvert ist gemeinsam mit der vom Wahlvorstand ausgestellten Wahlkarte in den vom Wahlvorstand übermittelten Briefumschlag zu legen und im Postwege dem Wahlvorstand einzusenden.“

Damit können bei strenger Auslegung persönlich abgegebene und /oder über die Hauspost zugestellte Wahlkuverts als nicht gültig gewertet werden.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert den Bundesgesetzgeber auf, den § 25 der BRWO dahingehend zu erweitern, dass Wahlkarten auch beim Wahlvorstand persönlich abgegeben werden können oder, falls vorhanden, mit der Hauspost an den Wahlvorstand zugestellt werden können.**

KR Mag. Harald Korschelt  
Fraktionsobmann  
02.07.15

**F**ür  
**A**rbeiter und **A**ngestellte

## Antrag 7

### Schule



## Kostenlose Teilnahme an Schulveranstaltungen und kostenlose Nachhilfe für sozial schwache Familien

### *Mehr als 400.000 Kinder in Österreich von Armut betroffen*

Mehr als 400.000 Kinder und Jugendliche in Österreich sind armutsgefährdet oder laufen Gefahr, aus wirtschaftlichen Gründen sozial ausgegrenzt zu werden. Diese aktuellen Zahlen veröffentlichte die Statistik Austria. 107.000 junge Menschen sind arm, ihre Familien haben etwa keine Waschmaschine, kein Telefon, kein Geld für unvorhergesehene Ausgaben oder können nicht ausreichend heizen.

### *18 Prozent der Kinder sind armutsgefährdet*

Für diese Kinder ist es schwer, in der Gesellschaft richtig Fuß zu fassen, und auch ihre Bildungschancen sind deutlich schlechter. Insgesamt sind laut Statistik 23 Prozent (408.000) der unter 20-Jährigen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche aus Ein-Eltern-Haushalten oder mit Migrationshintergrund. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung beträgt der Anteil 19 Prozent. 18 Prozent bzw. 310.000 Kinder sind armutsgefährdet, das heißt, sie kommen aus Familien mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle.

All das hat Folgen für die Bildungschancen. Geld für Nachhilfe ist für 49 Prozent der Mädchen und 41 Prozent der Buben in einkommensschwachen Haushalten nicht vorhanden. Armutsgefährdete Kinder besuchen öfter eine Hauptschule, und nur wenige Eltern können sich für ihren Nachwuchs einen Studienabschluss vorstellen (20 Prozent der Kinder im Vergleich zu 53 Prozent